Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 350 | Donnerstag, den 20. Dezember 1934 | Jahrgang 1934

Tagesrundschau.

„Unter denselben Bedingungen und mit gleichem Rechte!"

In der Rede, die der Außenminister Laval am Dienstag vor dem französischen Senat gehalten hat, finden sich sehr bemerkenswerte Sätze. In seinen Ausführungen über die Ostpaktverhandlungen sagte er: „Wir werden sehr bald unsere Unterhaltung mit Deutschland wieder aufnehmen. Ich habe bereits gesagt, daß Deutschland aufgefordert werden wird, mit uns und den übrigen Ländern unter denselben Bedingungen und mit gleichem Recht zu verhandeln. Deutschland wird aufs neue aufgefordert werden, sich diesem Kollektivpakt anzuschließen, in dessen Rahmen es versichert ist, dieselben Garantien zu erhalten, die es den übrigen beteiligten Ländern gewähren wird." Laval versicherte dann, daß Frankreich eine Friedenspolitik betreibe, die gegen kein Land gerichtet sei, und erklärte danach wörtlich:

„Die französische Regierung wird niemals etwas tun, was Deutschland zu dem Glauben berechtigt, Frankreich wolle ihm gegenüber eine Politik der Vereinsamung betreiben. Die deutsch-französische Annäherung im internationalen Rahmen ist eine wirkliche Friedensbürgschaft. Möge Deutschland davon überzeugt sein, möge es dementsprechend handeln, und dann wird ein großer Schritt in Richtung auf die notwendige Versöhnung unserer beiden Völker getan sein. Deutschland wird bei den kommenden Verhandlungen sich zu äußern haben. Es wird sagen, ob es an den geplanten Kollektivpakten Anteil nehmen will. Es wird auf diese Weise imstande sein, sein Solidaritätsgefühl zu bezeugen. Wir schließen vor keiner Gefahr die Augen, aber wir verzichten auch auf keine Hoffnung. Wir bewahren die Ueberzeugung, daß in der heutigen Zeit etwas Dauerhaftes nur auf einer aufrichtigen und wirklichen Anwendung der internationalen Zusammenarbeit gegründet werden kann."

Für Deutschland ergibt sich die Frage, was es von diesen Worten, die einen verständigungsbereiten und friedfertigen Ton haben, zu halten hat. In Genf sind Laval und Litwinow übereingekommen, die Verhandlungen über den Ostpakt fortzuführen. Sie waren bisher soweit gediehen, daß Deutschland und Polen auf die französische Aufforderung, dem vorgeschlagenen Ostpakt beizutreten, in einem Sinne geantwortet hatten, der nicht als Bereitwilligkeit, der Aufforderung Folge zu leisten, gedeutet werden konnte. Deutschland insbesondere zieht zweiseitige Verträge Kollektivverträgen vor. Aber wesentlicher ist, daß es eine Voraussetzung erfüllt sehen muß: die praktische Anerkennung seiner Gleichberechtigung. Auf die deutsche Note zu dem Ostpaktvorschlag ist von französischer Seite bisher nichts weiter erfolgt, wohl dagegen ist in Warschau eine französische Rückantwort eingetroffen. Nun aber hat Laval angekündigt, daß er die Verhandlungen mit der Reichsregierung wieder aufnehmen werde, und seine Rede war offensichtlich darauf gestimmt, für diese neuen Verhandlungen in Berlin eine freundlichere Situation zu schaffen. Er verfolgt das Ziel Barthous weiter und läßt keine Unterbrechung der Kontinuität der französischen Außenpolitik eintreten, aber seine Methode, seine Form ist etwas anders. Er will Deutschland auffordern, mit Frankreich und den andern Ländern „unter denselben Bedingungen und mit gleichem Recht" zu verhandeln, wohlgemerkt über den Ostpakt, nicht über die Rüstungsfrage. Und doch ist die deutsch-französische Verständigung über diese von alles überragender Bedeutung, ist ohne die offene und ehrliche Bejahung der Deutschland im Dezember 1932 theoretisch zugestandenen Gleichberechtigung kein Fortschritt in der Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses zu einer wirklichen Annäherung möglich, in der auch wir Deutsche wie Laval und der Senat, der ihm zustimmte, eine wirkliche Friedensbürgschaft sehen und auf die wir deshalb nach wie vor, allen bisherigen Schwierigkeiten zum Trotz, unsere Hoffnung richten. Was aber versteht Laval unter „denselben Bedingungen und gleichem Recht?" Auf die Klärung dieser Frage kommt es an. Er könnte etwas anderes gemeint haben, als was wir von Frankreich seit langem zu hören begehren. Es wird daher notwendig sein, daß der französische Außenminister sich etwas deutlicher darüber ausläßt. Deutschland hat im übrigen wie in all den schweren Jahren nach dem Kriege so auch im Laufe dieses Jahres zur Genüge Beweise seiner Friedfertigkeit und seines Friedenswillens geliefert. Wenn nun aber Laval das Deutsche Reich auffordert, sein Solidaritätsgefühl zu bezeugen, so ist das ein Appell, dem das deutsche Volk dann gerne Folge leisten wird, wenn auch ihm gegenüber eine solch freundliche Solidarität in Erscheinung tritt, mit anderen Worten, wenn sich Frankreich nicht mehr länger dagegen sträubt, was England und Italien, wie die Verhandlungen in diesem Frühjahr gezeigt haben, und die ganze nicht von Frankreich geleitete Welt Deutschland nicht verweigern: die Anerkennung seiner Gleichberechtigung, des gleichen Rechts auf Sicherheit, auf das Frankreich für sich selbst so großes Gewicht legt.

★

Kurswechsel in Südslawien.

Die gestern in unserer Meldung aus Belgrad geäußerte Vermutung, daß die südslawische Kabinettskrise auf innerpolitische Gründe zurückgehe, hat ihre Bestätigung gefunden. Das Regierungslager ist gespalten. In ihm hatten sich schon seit längerer Zeit zwei Gruppen gebildet, die sich einen Anteil an der politischen Macht während der Zeit der Regentschaft sichern wollten. Zur einen Gruppe von Ministern, die der regierenden „Südslawischen Nationalpartei" entstammen oder ihr nahestehen, gehören der bisherige Ministerpräsident Usunovitsch und die Minister Erschkitsch und Marinkovitsch, zu der zweiten von sogenannten nichtparlamentarischen Ministern vor allem Außenminister Jeftitsch, Innenminister Lazitsch und Finanzminister Georgjievitsch. Diese innere Entwicklung hatte durch die Genfer Verhandlungen eine Unterbrechung erfahren. Jetzt, da diese außenpolitische Frage als geregelt angesehen werden kann, hat man offenbar den Zeitpunkt für die Austragung der innerpolitischen Gegensätze für gekommen erachtet. Der Rücktritt Jeftitsch's hat den Stein ins Rollen gebracht. Jeftitsch, der Schwager des Kriegsministers und Gardekommandeurs Siwkowitsch, der stärksten Persönlichkeit in Belgrad, hat vom Prinzregenten den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts bekommen und scheint damit auf gutem Wege zu sein. Da er aber im Parlament sich wegen der Spaltung des bisherigen Regierungslagers nicht mehr auf die gleiche Mehrheit wird stützen können wie Usunovitsch, muß er in den Revieren der Opposition Umschau halten, und allem Anschein nach ist es im Einvernehmen mit dem Prinzregenten sein Ziel, bei dieser Gelegenheit den Versuch zu machen, die völkischen Unstimmigkeiten zwischen Serben, Slowenen und Kroaten zu bereinigen. Daß er mit dem Slowenenführer Dr. Koroschetz, der bei dem Tode des Königs Alexander in vielbemerkter Weise seine Loyalität gegenüber dem Herrscherhause bekundete, Fühlung genommen hat, deutet auf diesen Kurswechsel hin. Und mag auch der Ausgleich mit den Kroaten noch nicht zustandekommen, so hat doch eine Verständigung mit den Slowenen und den serbischen Oppositionsgruppen nicht geringe innerpolitische Bedeutung. Ob der Kabinettswechsel auch zu einer freundlicheren Gestaltung des südslawisch-italienischen Verhältnisses führen wird, läßt sich fürs erste noch nicht übersehen.

#

Mutige Rettungstat deutscher Seeleute.

Norwegische Schiffsbesatzung bei stärkstem Seegang gerettet.

DNB **Hamburg**, 19. Dezember.

Nach einem bei der Hamburg-Amerika-Linie eingegangenen Telegramm des Kommodore Kruse leistete der auf der Heimreise von Newyork befindliche Dampfer „Newyork" dem norwegischen Dampfer „Sisto" seit Dienstag nachmittag Hilfe in Seenot.

Wie Commodore Kruse berichtete, ist ihm die Rettung der vollzähligen Besatzung des norwegischen Dampfers südwestlich der irischen Küste trotz sehr stürmischen Wetters geglückt. Erst in der Nacht um 2 Uhr konnte die „Newyork" ihre Reise nach Cherbourg, Southampton und Hamburg fortsetzen.

Wie aus Newyork ergänzend zu dem Rettungswerk der „Newyork" berichtet wird, ist die Besatzung der „Sisto" 16 Mann stark. Das Schiff befand sich im sinkenden Zustand, es war aber noch an der Wasseroberfläche. Nur noch ein schwaches Licht brannte auf dem Dampfer.

Nach ausführlichen Berichten, die durch Funksprüche des Lloyddampfers „Europa" übermittelt worden sind eilten nach Aufnahme der ersten Hilferufe des schwer beschädigten Schiffes Dienstag früh alle in der Nähe sich aufhaltenden Fahrzeuge, darunter sechs Ozeandampfer, nach der Unglücksstelle.

Als erstes Schiff traf der britische Tankdampfer „Mobile Oil" ein, der den ganzen Tag über Oel auf die riesigen Wellen pumpte, um eine Rettung der Besatzung zu ermöglichen.

Der Tankdampfer blieb in der Nähe des steuerlos treibenden Norwegers, konnte aber von sich aus keinen Versuch zur Rettung machen. In der Nacht trafen weitere Schiffe ein, und zwar der britische Dampfer „Aurania", der Hapag-Dampfer „Newyork" und der Nordlloyd-Dampfer „Europa". Um 1 Uhr früh funkte die „Aurania", daß die „Newyork" Boote ausgesetzt habe. Nach einem anderen Bericht soll es sich nur um ein Boot gehandelt haben. Alle Schiffe pumpten während der Rettungsarbeiten ebenfalls Oel ins Wasser. Die Scheinwerfer der „Auriania" und der „Europa" erhellten die Nacht und zeigten die „Sisto", die schon stark auf der Seite lag und heftig von der hohen See hin und her geworfen wurde. Die Kommandobrücke und das Steuerruder waren zertrümmert und die Rettungsboote des Schiffes fortgetrieben.

Schließlich konnten die Helfer vom Dampfer „Newyork" die ganze Besatzung der „Sisto", 16 Mann, vom Unglücksschiff herunterholen; was besonders schwierig war, da sie sich auf dem Deck festgebunden hatte, um nicht fortgespült zu werden.

Um 2 Uhr telegraphierte die „Newyork", daß sie alle Schiffsbrüchigen wohlbehalten geborgen habe und daß diese in glücklicher Stimmung seien. Hierauf traten die übrigen Dampfer ihre Weiterreise an. Daß sich das norwegische Schiff überhaupt so lange über Wasser halten konnte, ist darauf zurückzuführen, daß es Holz geladen hatte. An der Unglücksstelle der „Sisto" ist in der letzten Woche der englische Dampfer „Usworth" untergegangen und der japanische Dampfer „Viktoria Maru" schwer beschädigt worden.

Kommodore Kruses Bericht

DNB **Hamburg**, 19. Dezember.

Das Originaltelegramm des Kommodore Kruse vom Dampfer „Newyork" an die Reederei, in der von der Rettung der Besatzung der „Sisto" Mitteilung gemacht wird, lautet:

„Newyork" erhielt Dienstag, 14 Uhr, vom Dampfer „Sisto" Aufforderung zur Hilfeleistung. „Newyork" dampfte zurück bei West-Nord-Weststurm, Stärke 9 und gewaltiger See. Stop. Erreichte „Sisto" 18 Uhr, wo Tankdampfer „Mobileil" seit 24 Stunden erfolglos assistierte. Stop. Bergung wegen Wetterlage vorerst unmöglich, blieben in Nähe „Sisto". Nacheinander eintrafen „Aurania", „Europa", „Gerolstein" und andere Schiffe. Stop. Verabredeten Rettungswerk. — 22,30 Uhr erbat „Sisto" Abbergung Besatzung wegen bedrohlicher Lage des Schiffes. Stop. „Aurania" wurde gebeten, zu luward des Wracks Oel auszupumpen. „Europa" beleuchtete Wrack mit Scheinwerfern. „Newyork" dampfte seewärts heran, aussetzte Rettungsboot mit Zweiten Offizier Wiesen, zehn Matrosen. Stop. Nach zweistündiger außerordentlicher schwerer Arbeit bei gewaltiger Dünung Rettungswerk erfolgreich durchgeführt. Stop. Wrackbesatzung mußte einzeln über Bord springen und wurde von Rettungsboot aufgefischt. Mittwoch 2 Uhr gesamte Wrackbesatzung vollzählig und unverletzt, 16 Mann, an Bord. Stop. Reise fortgesetzt. Stop. Wrack noch treibend, Gefahr für Schiffahrt. Kommodore Kruse.

Der Hamburg-Amerika-Linie ist von der Nordstern Allgemeine Versicherungs-A.-G. aus Anlaß der Rettungstat des Dampfers „Newyork" folgendes Telegramm zugegangen: „In aufrichtiger Bewunderung für das todesmutige Einsetzen eigenen Lebens zur Rettung ihrer norwegischen Kameraden herzlichste Glückwünsche. Als sichtbares Zeichen unserer Verehrung und des Stolzes auf unsere tapferen deutschen Seeleute stellen wir für die Besatzung des Rettungsbootes 3000 Reichsmark zur Verfügung."

Anerkennung der Hapag für die mutigen Retter.

DNB **Hamburg**, 19. Dezember.

Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Kommodore Kruse und seine Besatzung, insbesondere der Führer des Rettungsbootes, der Zweite Offizier Alfred Wiesen, und die Besatzung des Rettungsbootes haben sich durch ihre seemännische Leistung und den Einsatz ihres Lebens bei der Rettung der Schiffbrüchigen des

Die südslawische Regierungskrise.

Jeftitsch mit der Kabinettsbildung beauftragt.

DNB. **Belgrad**, 19. Dezember.

Der Prinzregent hat den bisherigen Außenminister Jeftitsch mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Jeftitsch erklärte sich bereit, die ihm anvertraute Aufgabe durchzuführen. Er begab sich sogleich ins Außenministerium und verhandelte dort mit dem ehemaligen slowenischen Parteiführer Koroschetz und dem ehemaligen radikalen Minister Miletitsch.

Wie verlautet gewährte der Prinzregent dem Außenminister bei der Neubildung des Kabinetts freie Hand. Jeftitsch hat die Absicht, eine sogenannte Konzentrationsregierung zu bilden. Er ist daher bestrebt, seine Verhandlungen sowohl auf die parlamentarische als auch auf die außerparlamentarische Opposition zu erstrecken. Die Heranziehung von Kräften, die außerhalb des Parlamentes stehen, ist für ihn um so natürlicher, als er selbst weder der Skupschtina, noch dem Senat angehört. Er kam seinerzeit als Vertrauensmann des Königs Alexander in die Regierung und scheint seine Vertrauensratsstellung auch gegenüber dem Regentschaftsrat beibehalten zu haben. Außerdem ist Jeftitsch mit dem Kriegsminister, General Zivkowitsch, verwandt. Seine Aussichten bei der Neubildung der Regierung werden daher günstig beurteilt.

Die Regierungspartei gespalten.

DNB **Belgrad**, 19. Dez.

In gutunterrichteten Kreisen verlautete in den ersten Abendstunden, daß die Verhandlungen Jeftitsch's bereits weit vorgeschritten seien. Man erwartet jedenfalls entgegen der ursprünglichen Annahme, daß das neue Kabinett schon am Mittwochabend oder im Laufe des Donnerstag gebildet wird und hält es nicht mehr für wahrscheinlich, daß sich in letzter Stunde unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben könnten.

Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts verlautet, daß es eine grundlegende Aenderung gegenüber der alten Regierung bedeuten werde. Ministerpräsident Usunowitsch und alle seine Freunde sollen durch die Neuregelung ausgeschaltet werden. Da Usunowitsch gleichzeitig Präsident der südslawischen Regierungspartei ist, der die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten angehörte, muß seine Ausbootung aus der Regierung großen Einfluß auf das Gefüge der Skuptschtina haben. Die Nachricht, daß 156 Abgeordnete sich gegen ihn in einer Denkschrift bereits auflehnten, wird in gutunterrichteten Kreisen bestätigt. Somit ist die Spaltung in der Regierungspartei Tatsache geworden. Man erwartet, daß noch weitere Abgeordnete Usunowitsch verlassen werden, sobald das Kabinett Jeftitsch-Ziwkowitsch gebildet sein wird.

Hier werden die Saarabstimmungsscheine beglaubigt.

Ueberblick über den großen Saal des Rathauses in Saarbrücken, wo gegenwärtig viele Personen damit beschäftigt sind, die Abstimmungsscheine für die Stimmberechtigten zu beglaubigen.

Weihnachtsempfang beim Papst.

△ **Rom**, 18. Dezember.

Am Weihnachtsabend wird Papst Pius XI. wie üblich das Kardinalskollegium sowie die Mitglieder seines Hofstaates empfangen, die ihm durch den Dekan des Heiligen Kollegiums ihre Weihnachtsglückwünsche überbringen. Bei dieser Gelegenheit wird der Papst wahrscheinlich eine längere Ansprache halten. Es wird erwartet, daß der Papst auch politische Aeußerungen dabei machen wird.

norwegischen Dampfers „Sisto" ein besonderes Verdienst um die deutsche Flagge erworben und dem Ruf des deutschen Seemannes alle Ehre gemacht. Der Betriebsführer der Hamburg-Amerika-Linie Dr. Hoffmann wird daher Kapitän und Besatzung der „Newyork" feierlich empfangen, ihnen den Dank von Führung und Gefolgschaft der Hamburg-Amerika-Linie zum Ausdruck bringen und Kommodore Kruse und der Bootsbesatzung würdige Erinnerungsgaben überreichen. Der Zweite Offizier Alfred Wiesen wird mit sofortiger Wirkung zum Ersten Offizier befördert. Die Besatzung des Rettungsbootes erhält einen vierwöchigen freien Sommerurlaub im Erholungsheim Sachsenwaldau der Hamburg-Amerika-Linie.

Danktelegramm des Führers an den Kapitän der „Newyork".

DNB **Berlin**, 19. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat an den Kommodore Kruse vom Hapagdampfer „Newyork" das folgende Telegramm gerichtet: „Ihnen und der wackeren Besatzung spreche ich für die heldenhafte Rettung der 16 norwegischen Seeleute aus schwerer Seenot meinen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus."

Das französisch-sowjetrussische Protokoll.

(!) **Paris**, 19. Dezember.

Der Wortlaut des französisch-sowjetrussischen Protokolls (vom 5. November, das die Unterschriften Lavals und Litwinows trägt) lautet wie folgt:

Der französische Außenminister und der sowjetrussische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, die in Genf einen Gedankenaustausch über den Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines Ostpaktes, für den von ihren Regierungen die Initiative ergriffen worden ist, geführt haben, sind zu der Feststellung gelangt, daß beide Regierungen gemeinsam entschlossen sind, den Abschluß der vorgesehenen internationalen Akte zu betreiben. Sie sind in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen eine aktivere Wendung genommen haben, übereingekommen, im Namen ihrer Regierungen folgende Haltung einzunehmen:

1. Keine der beiden Regierungen wird sich den Regierungen, die zur Teilnahme an dem Ostpakt aufgefordert worden sind, und insbesondere mit denen, die ihren grundsätzlichen Beitritt noch nicht erklärt haben, in Verhandlungen einlassen, die zum Abschluß von zwei- oder mehrseitigen Verträgen führen könnten die die Vorbereitung und den Abschluß des regionalen Ostpaktes und der mit ihm verbundenen Verträge kompromittieren könnten, oder die dem Geiste widersprechen, dem sie entsprungen sind.

2. Zu diesem Zweck wird jede der beiden Regierungen die andere über jeden Vorschlag auf dem Laufenden halten, der eine derartige Tragweite haben könnte, auf gleich welchem Wege er ihr von einer der in Frage kommenden Regierungen unterbreitet werden würde. Diese Verpflichtungen gelten für die Dauer des laufenden diplomatischen Unternehmens (entreprise) und aller folgenden Unternehmen, die gemäß der gleichen allgemeinen Auffassung und mit der gleichen Absicht an seine Stelle gesetzt werden könnten.

Beide Regierungen verpflichten sich, auf diese Unternehmen nicht zu verzichten, ohne durch gemeinsames Uebereinkommen festgestellt zu haben, daß es nutzlos wäre, sie weiter zu verfolgen. In diesem einen Falle würden sie über die neuen Versicherungen beraten, die sie im gleichen Geist und zum Zwecke eines gleichen Gegenstandes zu geben für zweckmäßig erachten würden. Die beiden Regierungen sind überzeugt, daß eine solche Garantie der Kontinuität und der Wirksamkeit in der diplomatischen französisch-russischen Zusammenarbeit den Erfolg der laufenden internationalen Verhandlung erleichtern und gleichzeitig dazu dienen wird, allgemein den Geist des gegenseitigen Vertrauens in den amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stärken. Im Vertrauen darauf haben die Unterzeichneten, die von ihren Regierungen hierzu ermächtigt waren, das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

„Star" hält seine Enthüllungen aufrecht.

DNB **London**, 19. Dezember.

Der „Star", dessen Veröffentlichung über ein französisch-sowjetrussisches Militär- und Handelsabkommen sowohl von der französischen als auch sowjetrussischen Botschaft in London dementiert worden ist, schreibt am Mittwoch, das diplomatische Dementi habe die diplomatische Welt in keiner Weise überzeugt. Die am Dienstag veröffentlichten Artikel des Vertrages stimmten durchaus mit der gegenwärtigen Lage und mit der Entwicklung der letzten 18 Monate überein.

Neues Protesttelegramm Abessiniens an den Völkerbund.

DNB **Genf**, 19. Dez.

Die abessinische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat ein neues Telegramm zukommen lassen, in dem erklärt wird, daß die italienische Darstellung der Ereignisse bei Ualual durch die Belege der internationalen Kommission bereits widerlegt sei. Der italienische Offizier in Ualual habe sich geweigert, über die Frage zu sprechen, ob Ualual italienisches Gebiet sei oder nicht. Während der Diskussion des Offiziers mit den Mitgliedern der internationalen Kommission hätten italienische Flugzeuge Ualual drohend überflogen. Nicht nur das abessinische Mitglied der Kommission habe gegen die Provokation der italienischen Truppen Protest erhoben, sondern der englische und der abessinische Kommissar gemeinsam. Der Bericht der Kommission stelle fest, daß die beiden Kommissare das Verlangen des italienischen Offiziers als unberechtigt angesehen hätten. Am Tage des Ueberfalles sei von italienischer Seite durch Pfeifen und durch mündliche Schießbefehle das Gefecht eröffnet worden, während zwei italienische Flugzeuge Bomben abgeworfen hätten und ein drittes Flugzeug sowie ein Tank mit Maschinengewehren vorgegangen seien. Die beiden einzigen anwesenden abessinischen Maschinengewehre seien nicht gebrauchsfähig gewesen.

Da die italienische Regierung nicht damit einverstanden sei, den Streitfall einem Schiedsverfahren zu unterbreiten, so müsse festgestellt werden, daß

1. ein Angriff von italienischer Seite, zuerst in Ualual und drei Tage darauf im Inneren von Ogaden, stattgefunden habe und

2. daß Ualual abessinisches Staatsgebiet sei, das durch die italienischen Truppen widerrechtlich besetzt gewesen sei.

Das seien die beiden wichtigsten, zu entscheidenden Fragen.

Im großen Memelprozeß in Kowno wurde auch am Mittwoch die Verlesung der Anklageschrift fortgesetzt. Wahrscheinlich wird sie am Donnerstag abgeschlossen werden können.

Dr. Frank zum Reichsminister ernannt.

Ehrende Anerkennung durch den Führer.

DNB **Berlin**, 19. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler hat den bayerischen Staatsminister der Justiz, Dr. Hans Frank, zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt. Aus diesem Anlaß hat der Führer und Reichskanzler folgendes Schreiben an Dr. Frank gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Nachdem die Justizministerien des Reiches und Preußens vereinigt sind und in den übrigen Ländern das Reich durch das Gesetz vom 5. Dezember 1934 die unmittelbare Leitung der Justizverwaltung übernommen hat, ist die Aufgabe, die Justiz in den Ländern gleichzuschalten, gelöst. Für die Mitarbeit bei der Erneuerung der Rechtsordnung haben Sie sich in der Akademie des deutschen Rechts eine vorbildliche, dauernde Einrichtung geschaffen, die Sie in den Stand setzt, ohne Beschränkung auf die Justiz im engeren Sinne bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf allen Gebieten der Neugestaltung des Rechtes mitzuwirken. Indem ich Ihnen für Ihre unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit als Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung meinen wärmsten Dank und meine besondere Anerkennung ausspreche, erkläre ich hiermit den Auftrag für beendet, den Ihnen der verewigte Reichspräsident v. Hindenburg am 22. April 1933 erteilt hat. Gleichzeitig berufe ich Sie als Reichsminister ohne Geschäftsbereich in die Reichsregierung.

Mit Deutschem Gruß gez. Adolf Hitler.

Die Ueberleitung der bayrischen Justizverwaltung auf das Reich.

DNB **München**, 19. Dezember.

Im Ministerrat berichtete der Staatsminister der Justiz Dr. Frank über die Uebernahme der bayrischen Justizverwaltung durch das Reich und erklärte, daß die bayrische Justizverwaltung ab 1. Januar 1935 auf das Reich übergeht. Bis zum 31. März 1935 fungiert das bisherige bayrische Justizministerium als Ueberleitungsstelle. Auch diese Stelle fällt mit Wirkung vom 1. April 1935 weg. Von diesem Zeitpunkt an werden die Präsidenten der Oberlandesgerichte dem Reichsjustizministerium unmittelbar unterstellt. Der bisherige bayrische Justizminister Dr. Frank verbleibt bis auf weiteres als Minister ohne Geschäftsbereich in der bayrischen Landesregierung.

Der erste Truppentransport im Saargebiet eingetroffen.

Die Unterbringung des Militärs.

DNB **Saarbrücken**, 19. Dez.

Ueberall im Saargebiet werden lebhafte Vorbereitungen für das Eintreffen der internationalen Truppenkontingente getroffen. Bereits gestern kamen 35 Engländer an, die hauptsächlich mit der Einrichtung der Kantinen beschäftigt sind. Heute mittag traf der erste englische Truppentransport in Saarbrücken ein, etwa 200 Mann in zwei Sonderzügen mit 20 Panzer- und Lastkraftwagen aus der Richtung Metz. Unter den 200 Mann befinden sich ein Offizier und 40 Mann des Essex-Regiments, ein Offizier und 40 Mann des East Lancashire-Regiments und 120 Kraftfahrer. Zum Empfang der Truppen hatten sich einige der hier weilenden englischen Offiziere eingefunden. Man hatte es ferner für notwendig erachtet, ein Ueberfallkommando ausgerechnet unter Leitung des Emigrantenkommissars Machts zu mobilisieren, das für die Absperrung gegen die nicht gerade zahlreich erschienenen Neugierigen zu sorgen hatte. Naturgemäß fehlte nicht ein größerer Aufmarsch von Bildberichterstattern und Pressevertretern. Die Truppen wurden sofort in requirierten Lastwagen verladen und nach ihren Bestimmungsorten Heniitz bei Neunkirchen und Brebach bei Saarbrücken transportiert.

Die Besprechungen über die Verteilung und Unterbringung der Truppen sind zwischen den bereits anwesenden Offizieren und den hiesigen zuständigen Stellen noch im Gange. Die neu eingesetzte Requisitionskommission setzt sich aus dem französischen Direktor des Innern, Heimburger, den Regierungsbeamten Kloppenburg und Custor, dem Oberbürgermeister von Saarbrücken, Dr. Neikes, sowie den Landräten sämtlicher saarländischer Kreise zusammen. Aller Voraussicht nach werden die für die Stadt Saarbrücken bestimmten etwa 500 englischen Truppen nicht in der Stadt selbst, sondern in dem in der Nähe gelegenen Brebach in einem leerstehenden Haus einquartiert werden. Außerdem wird nach Saarbrücken ein größeres Kontingent Italiener in einen zum Schlafsaal umgewandelten früheren Festsaal gelegt werden. Zwei englische Kontingente sollen nach Neunkirchen kommen, je eine Kompagnie nach St. Wendel und Homburg. Man verteilt die Truppen hauptsächlich in die ausgesprochenen Industriebezirke. So sollen die Schweden nach Merzig, Mettlach und Beckingen kommen, Holländer sind für St. Ingbert und die Vorstadt Saarbrückens, St. Arnual, in Aussicht genommen. Weitere Italiener sollen nach Saarlouis und Billingen entsandt werden. Endgültige Beschlüsse in dieser Hinsicht sind jedoch noch nicht getroffen worden. Die Verteilung der Engländer dürfte jedoch bereits feststehen.

Die Unterbringung der Offiziere macht gegenwärtig noch starkes Kopfzerbrechen. Die Regierungskommission sucht dringend mehrere möblierte Einfamilienhäuser in Saarbrücken in den besseren Vierteln zu mieten.

Weihnachtsfriede im Saargebiet.

DNB **Saarbrücken**, 19. Dezember.

Die Abstimmungskommission teilt mit:

„Auf Anregung der Abstimmungskommission bezüglich der Einstellung jeder Werbe- und Agitationstätigkeit in der Zeit vom 23. bis 27. Dezember haben die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung saarländischer Interessen, die Landesleitung der Deutschen Front, der Deutsche Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft, die Einheitsfront und die saarländische sozialistische Partei und die saarländische Wirtschaftsvereinigung erklärt, damit einverstanden zu sein. Seitens der Deutschen Front wurde die Anregung gemacht, die Anordnung bis zum 2. Januar 1935 auszudehnen. Von derselben Seite wurde auch angeregt, daß, um eine Gewähr zu schaffen, daß dieser Weihnachtsfriede eingehalten werde, eine besondere Verordnung erlassen werden sollte. Betreffs einer Verlängerung der Zeit hat die Einheitsfront erklärt, diesem Vorschlag nicht zustimmen zu können, so daß dieser hinfällig wird. Die Anregung, die Angelegenheit durch eine Verordnung zu regeln, findet nicht die Zustimmung der Kommission; sondern sie vertritt noch jetzt den Standpunkt, den sie in ihrer ersten Pressemitteilung durchblicken ließ, und zwar, daß es sich hier um ein gegenseitiges Abkommen handele. Hiervon in Kenntnis gesetzt, hat die Deutsche Front erklärt, auch unter der nunmehr vorliegenden Situation dem vorzuschlagenden Weihnachtsfrieden zuzustimmen. Die Kommission stellt also hiermit fest, daß die oben erwähnten Organisationen sich verpflichtet haben, jede Werbe- und Agitationstätigkeit vom 23. Dezember 1934 bis 27. Dezember 1934 einzustellen."

Es muß stark bedauert werden, daß sich die Abstimmungskommission, dem auf eine weitere Spannung dieser Lage hinzielenden Vorschlag der Verlängerung des Burgfriedens bis zum 2. Januar nicht anschließen zu können glaubte. Wie recht die Deutsche Front mit ihrer Anregung hatte, die Frage des Burgfriedens auf dem Wege einer Verordnung geregelt zu sehen, geht allein aus der etwas verdächtigen Tatsache hervor, daß die Einheitsfront eine Verlängerung des Burgfriedens ablehnte. Man muß dringend hoffen, daß sich die Gegner der Rückgliederung an dieses lose gegenseitige Abkommen halten.

Mussolini an das italienische Truppenkontingent.

DNB **Rom**, 19. Dez.

Am Mittwoch gegen 16 Uhr hat das erste Bataillon der italienischen Grenadiere Rom in Richtung Saargebiet verlassen. Am Donnerstag und Freitag werden ein Bataillon Karabinieri und das zweite Bataillon Grenadiere mit dem Regimentsstab nachfolgen. Die drei Bataillone wurden eine Stunde vor der Abfahrt in einer Kaserne durch Mussolini besichtigt. General Visconti Prasca war hierzu wieder in Rom eingetroffen. Mussolini richtete einige Worte an die Soldaten. Er forderte sie auf, sich der Tradition der italienischen Armee würdig zu erweisen, sowohl im Dienst wie außerhalb des Dienstes.

„Schwarze Zigaretten".

Ndz **Berlin**, 19. Dez.

In der nächsten Zeit wird den Zigarettenrauchern auf den Zigarettenpackungen eine neuartige Bezeichnung auffallen: „Schwarze Zigaretten". Was unter dieser Bezeichnung zu verstehen ist, ergibt sich, wie die „Wandelhalle" meldet, aus der Durchführungsverordnung zur Aenderung des Tabaksteuergesetzes. Danach sind schwarze Zigaretten Zigaretten aus feingeschnittenem Tabak, zu deren Herstellung nachweislich Tabakblätter inländischer Herkunft in einer Mindestmenge von 50 v. H. der verarbeiteten Rohstoffe verwendet worden sind. Die Schaffung dieser Zigarettenart wird namentlich zum Absatz des deutschen Zigarettentabaks beitragen, wie er namentlich in der Pfalz in guter Qualität angebaut und aufbereitet wird. Um den Absatz zu fördern, sind für schwarze Zigaretten steuerliche Erleichterungen vorgesehen, die sich auch im Kleinverkaufspreis auswirken werden. Auf den Packungen steuerbegünstigter schwarzer Zigaretten muß der Inhalt als „Schwarze Zigaretten" auf der Schauseite in Druckschrift mit mindestens einen halben Zentimeter großen Buchstaben bezeichnet werden. Auch das Steuerzeichen wird einen entsprechenden Aufdruck tragen.

Die Polizei bringt dem Führer ein Ständchen.

DNB **Berlin**, 19. Dezember.

Der Platz vor der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße war heute nachmittag auf eine halbe Stunde von Menschen dicht gefüllt. Es war bekannt geworden, daß anläßlich des Tages der deutschen Polizei eine Hundertschaft der Landespolizeigruppe General Göring dem Führer ein Ständchen bringen würde. Mit klingendem Spiel zog die Hundertschaft in den Ehrenhof der Reichskanzlei ein. Während der Präsentiermarsch erklang, erschien, jubelnd begrüßt, der Führer am offenen Mittelfenster des ersten Stocks. In seiner Umgebung befanden sich u. a. Reichsminister Dr. Goebbels, der Befehlshaber der deutschen Polizei, General der Landespolizei Daluege, General der Landespolizei Wecke und andere hohe Polizeioffiziere sowie der erste Adjutant des Führers, Obergruppenführer Brückner.

Die Hundertschaft brachte zunächst zwei Soldatenlieder zum Vortrag. Während der Gesamtvorführung erschien auch Ministerpräsident General Göring und begab sich zum Führer, der ihn herzlich begrüßte. Dann erschien der Führer unter dem Glasdach des Hausportals und nahm die Meldung entgegen, begrüßte die Truppe mit Heil und schritt ihre Front ab. In diesem Augenblick brach die vielhundertköpfige Menge erneut in brausende Heilrufe aus. Der Führer richtete an die Truppe die Worte: „Ich möchte Ihnen und der ganzen Polizei im Namen des ganzen Volkes dafür danken, daß Sie sich ebenfalls so für das Winterhilfswerk einsetzen."

Unter den Klängen des Badenweiler Marsches zog die Hundertschaft wieder ab. Der Führer blieb bis zum Schluß unter dem Glasportal stehen.

Während der Veranstaltung waren die Damen der Polizeioffiziere, insbesondere Frau Wecke, Frau Daluege, Frau Jacoby, Frau Hall emsig und mit sichtlichem Erfolg tätig, Spenden für das Winterhilfswerk einzusammeln. Ihnen bereitete der Führer eine besondere Freude, indem er die Frauen zu sich in die Reichskanzlei bitten ließ und auch selbst Spenden gab.

Die Kundgebung wurde auf den Deutschlandsender übertragen und von den Filmwochenschauen aufgenommen.

Der „Tag der deutschen Polizei" fand am Mittwochabend mit dem von dem verstärkten Musikkorps der Landespolizeigruppe General Göring gespielten großen Zapfenstreich seinen Abschluß. Von Fackelträgern begleitet, marschierte das Musikkorps an der Ostseite des Reichstagsgebäudes auf, wo es, umgeben von einer schwarzen Menschenmauer, im offenen Viereck mit der Front zum Reichstagspräsidentenhaus Aufstellung nahm. Einige Minuten später betrat General Göring den Balkon. Nach dem Zapfenstreich ertönte das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied. Mit dem Vorbeimarsch vor dem Ministerpräsidenten endete die Veranstaltung und der „Tag der deutschen Polizei", der in seinen zahlreichen Einzelaktionen die innere Verbundenheit zwischen Polizei und Publikum in jeder Weise vorbildlich dokumentiert hat.

Auflösung des Deutschen Flottenvereins.

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichsbund deutscher Seegeltung teilt mit: In seiner Hauptversammlung vom 16. Dezember hat der Deutsche Flottenverein seine Auflösung beschlossen. Mit Stolz kann er auf die Zeit zurückblicken, als er dem deutschen Volk den Blick öffnete für den Bau der Flotte, die im Weltkriege auf allen Meeren ruhmreich gekämpft hat. Nunmehr liegt die Betreuung der Seegeltungsfragen bei dem auf Anordnung des Führers im Frühjahr geschaffenen Reichsbund deutscher Seegeltung, der alle mit der See verbundenen Kräfte ohne den Neuaufbau einer Vereinsorganisation zusammenfaßt und mit dessen Leitung Vizeadmiral a. D. Staatsrat v. Trotha beauftragt ist.

Die neue Indienvorlage im Unterhaus eingebracht.

DNB **London**, 19. Dezember.

Nachdem beide Häuser nunmehr den Bericht des Indienausschusses mit großen Mehrheiten gebilligt haben, hat die Regierung am Mittwoch die amtliche Vorlage über die Reform der indischen Verfassung in erster Lesung im Hause eingebracht. Der Inhalt des Gesetzentwurfes wird dessen ungeachtet erst Mitte Januar bekanntgegeben werden. Zur Einbringung in erster Lesung genügt es, daß das Titelblatt des Gesetzentwurfes auf den Tisch des Hauses niedergelegt wird. Dies ist heute in feierlicher Form durch Samuel Hoare geschehen.

Vergiftet von der Baronin Wagner?

Der Tod des Galapagos-Ritters.

DNB **Guayquil**, 19. Dez.

Nach den letzten Berichten des Kapitäns Hancocks sollen die geheimnisvollen Todesfälle auf den Galapagos-Inseln in einem Streit um einen Piratenschatz ihre Aufklärung finden. Dr. Ritter habe den Versteck des Schatzes gekannt und sei deswegen vergiftet worden. Die Baronin Wagner und Philippson seien auf der Flucht verhungert. Ritter habe vor seinem Tode der Frau Koerwin Mitteilung von dem Schatz gemacht. Hancocks will nun auf Grund der Angaben der Frau den Schatz im Innern der Floreaner-Insel, das gebirgig ist, suchen.

Dies ist jetzt schon die dritte Erklärung für den Tod Ritters. Zunächst hieß es, er sei an einem Schlaganfall gestorben. Dann kam die Mitteilung der Frau Koerwin, er habe seine vergiftete Lieblingshenne verspeist und sei an Fleischvergiftung gestorben. Hiergegen wurde eingewandt, daß Ritter Vegetarier gewesen sei. Jetzt soll er von der Baronin Wagner und dem Berliner Philippson ermordet worden sein, weil er das Versteck des sagenhaften Piratenschatzes nicht habe nennen wollen. Diese Mitteilung geht offenbar auch auf Frau Koerwin zurück. Was ist Wahrheit? Woher die Widersprüche in den Auskünften der Gefährtin Ritters?

Pierre Charles Sieger (nach Punkten)

Brüssel, 19. Dezember.

Im Boxkampf zwischen Hower (Deutschland) und Charles (Belgien) blieb der Belgier nach Punkten Sieger. Das Urteil wurde vom Publikum mit Protest aufgenommen, da es den Deutschen sehr benachteiligte.

Vertagung der Londoner Flottenbesprechungen.

Die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen in diplomatischer Fassung.

£ **London**, 19. Dezember.

Die an den Londoner Flottenbesprechungen teilnehmenden Abordnungen hielten am Mittwoch unter dem Vorsitz von Mac Donald eine Sitzung ab. Im Anschluß hieran wurde ein Bericht veröffentlicht, in dem es zunächst heißt, daß die Besprechungen nach Ansicht der Vertreter der drei beteiligten Regierungen einem nützlichen Zwecke dienten und ihr Rahmen durch die im Laufe der Verhandlungen gemachten Vorschläge und Entwürfe erweitert wurde. Alle Seiten des Flottenproblems, heißt es in dem Bericht weiter, wurden mit großer Offenherzigkeit und in völlig freundschaftlichem Geiste behandelt. Es war niemals das Ziel dieser Besprechungen, endgültige Beschlüsse irgendwelcher Art zu fassen, vielmehr handelte es sich lediglich darum, den Boden für spätere Verhandlungen und Abkommen vorzubereiten. Die französische und die italienische Regierung sind über alle Einzelheiten auf dem Laufenden gehalten worden.

Die drei beteiligten Regierungen begünstigten eine Begrenzung der Flottenstärken mit jeder annehmbaren Herabsetzung, nur müssen die anzuwendenden Grundsätze und Methoden noch festgesetzt werden. Gegenwärtig, wo die Gesichtspunkte der einzelnen Regierungen bekannt sind, haben die Verhandlungen einen Punkt erreicht, wo eine Vertagung notwendig erscheint, damit die Vertreter die persönliche Verbindung mit ihren Regierungen wieder aufnehmen können und die sich ergebende Lage in vollem Umfange geprüft werden kann. Es wurde also der Beschluß zur Vertagung der gegenwärtigen Verhandlungen gefaßt. Die drei Regierungen werden in enger Verbindung bleiben sowohl untereinander, wie mit den anderen Beteiligten an den Verträgen von London und Washington. Die Vertagung wird ferner Großbritannien Gelegenheit geben, mit den Regierungen der Dominien in einen Meinungsaustausch zu treten.

Man hofft, daß die geleistete Vorarbeit die Angelegenheit soweit gefördert hat, daß neue Verhandlungen aufgenommen werden können, sobald der Augenblick günstig erscheine. Für diesen Fall wird die britische Regierung alle geeigneten Maßnahmen ergreifen.

Die japanische Kündigung des Flottenabkommens.

DNB **Tokio**, 19. Dezember.

In Gegenwart des Kaisers fand am Mittwoch vormittag eine Vollsitzung des japanischen Staatsrates statt, an der alle Minister teilnahmen. Einstimmig wurde die Kündigung des Washingtoner Flottenabkommens beschlossen. Die Admiralität hat sofort die Befehlshaber der Küstenplätze, die Geschwaderchefs und die Marine-Attachés im Ausland von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt.

Zu dem Beschluß des Geheimen Rates wird mitgeteilt, daß Botschafter Saito am 26. Dezember dem Staatssekretär Hull die Note überreichen werde, in der Japan die Kündigung des Washingtoner Abkommens vollzieht. Am 21. Dezember tritt das japanische Kabinett zusammen; es wird eine Botschaft an das japanische Volk veröffentlichen, in der die Gründe der Kündigung des Washingtoner Abkommens bekanntgemacht werden. Die amtliche Verkündung der Botschaft soll am 29. Dezember erfolgen.